

# Schärfere Auflagen zum Feinstaubschutz

## EU-Parlament beschließt Kompromiss

**Straßburg** • Städte und Gemeinden in der EU müssen Maßnahmen zum Schutz der Menschen ergreifen, um von 2011 an Strafzahlungen wegen zu hoher Feinstaub-Belastung zu entgehen. Dieser Beschluss des Europäischen Parlaments von gestern ist Bestandteil des Kompromisses zur Bestrafung bei zu viel Feinstaub. Laut einer EU-Studie sterben europaweit jährlich rund 310 000 Menschen an den Folgen von Feinstaub, davon 65 000 in Deutschland.

Um die Umweltbelastungen möglichst an der Quelle zu stoppen, schreibt die Feinstaub-Richtlinie schärfere Auflagen für Industrieanlagen und Schiffsmotoren sowie neue Abgas-Grenzen für Lastwagen vor. Nur höchstens 30 Prozent der Feinstaubbelastung in den Metropolen verursacht der innerstädtische Verkehr. Die EU-Umweltminister müssen dem Maßnahmen-Paket am 20. Dezember noch formell zustimmen.

Bislang haben die Kommunen vor allem mit Fahrverboten in den Innenstädten reagiert, um die geforderten Grenzwerte einzuhalten.

In Deutschland sind in rund 20 Städten Umweltzonen geplant, in denen nur schadstoffarme Fahrzeuge mit Plaketten fahren dürfen. Bereits zum 1. Januar richten Berlin, Hannover und Köln solche Umweltzonen ein. • **dpa**

## Köln richtet Umweltzone ein

Ungeachtet einer möglichen Entschärfung der Feinstaub-Richtlinie will die Stadt Köln eine Umweltzone zum 1. Januar 2008 einrichten. In der Innenstadt darf man dann nur mit einer Feinstaubplakette fahren, für alle anderen Autos und Lastwagen gilt ein Fahrverbot. „Wir steigen früh ein, aber mit einem moderaten Vorlauf“, sagte gestern eine Stadtsprecherin. In den ersten drei Monaten gibt es keine Strafen, sondern nur Hinweise.

Ruhr Nachrichten, 12. Dezember 2007